

# SCHWÄBISCHES TAGBLATT

DIENSTAG, 11. NOVEMBER 1947 VERLAG UND SCHRIFTLEITUNG: TUBINGEN, UHLANDSTRASSE 2 3. JAHRGANG / NUMMER 99

## Die schlimmsten Befürchtungen übertroffen

**Empfang beim Generalgouverneur**  
TÜBINGEN. Das Staatsministerium hat in seiner Sitzung am Freitag, den 7. November 1947 über die durch die Veröffentlichung der Demontageliste geschaffene Lage beraten. Es hat beschlossen, in seiner Gesamtheit bei der Militärregierung vorstellig zu werden.  
Gouverneur Widmer hat den Staatspräsidenten und die Minister am Montag, 10. November 1947 um 17 Uhr empfangen.  
Der Landtag hat gleichfalls um einen Sonderempfang gebeten.

**Exportwirtschaft tödlich bedroht**  
Das Ausmaß der nunmehr angeordneten Demontagen geht weit über alle Befürchtungen hinaus, zumal die Annahme begründet schien, daß der Beitrag unseres Landes für die von ganz Deutschland geschuldeten Reparationen durch die im letzten und in diesem Jahre erfolgten Maschinenentnahmen weitgehend schon geleistet sei. Württemberg-Hohenzollern ist nunmehr weit schwerer betroffen als Württemberg-Baden.  
Falls es sich bei allen Betrieben der Liste um Volldemontagen handeln sollte, wird die Wirtschaft unseres Landes auf gerade für den Export besonders wichtigen Gebieten tödlich bedroht sein. Aus eigenen Kräften wird unser Land die Folgen dieser Schrumpfung seiner Wirtschaftskraft nicht ausgleichen können; es wird nunmehr noch mehr als schon früher auf die tätige Hilfe der weniger betroffenen Teile Deutschlands angewiesen sein.  
Wir hoffen, daß die französische Militärregierung, dem Beispiel anderer Militärregierungen folgend, mit der Landesregierung verhandeln und wenigstens die unerträglichsten Härten beseitigen wird.  
Staatsrat Prof. Dr. Karl Schmid  
Justizminister

**Bei Vollbeschäftigung 100 000 Menschen betroffen**  
Die bisherige Liste läßt noch nicht übersehen, wie weit die Demontage reicht. Auf jeden Fall ist sie erschreckend groß und geht weit über reine Rüstungsbetriebe hinaus. Im Vergleich zu der Maschinenentnahme in der amerikanischen Zone Nordwürttembergs ist zu sagen, daß dort der Regierung die Möglichkeit gegeben wurde, binnen 14 Tagen Gegenvorschläge zu unterbreiten.  
Betroffen werden nach dem augenblicklichen Stand der Beschäftigung von durchschnittlich 35 Prozent rund 10 000 Arbeiter und Angestellte, was bei Vollbeschäftigung nebst den Familienangehörigen rund 100 000 Menschen in Mitleidenschaft ziehen würde. Darunter sind Betriebe, die namhafte Aufträge für den Export haben, die uns die Devisen bringen sollen für den notwendigen Einkauf an Rohstoffen und Lebensmitteln.  
Inwieweit die verbleibende Restindustrie uns noch die Möglichkeit gibt zur Weiterexistenz, wird die Unterredung mit der französischen Militärregierung ergeben, die Anfang dieser Woche stattfinden soll.  
Arbeitsminister Eugen Wirsching

**Es geht um Sein oder Nichtsein**  
Am vergangenen Freitag trat der Landtag in Bebenhausen noch einmal kurz zusammen. Präsident Gengler gab gleich zu Beginn der Sitzung eine Erklärung ab, der kurz zuvor bekanntgewordenen Demontageliste für die französische Zone ab, in der er ausführte:  
„Nach dem großen Umfang der bei uns im letzten Jahre bereits erfolgten Maschinenentnahmen, die weit über den allgemeinen Rahmen hinausgingen und verschiedene Industriegruppen in ihrer Existenz schwer trafen, konnte man der Auffassung sein, daß neben dem zweiten Plan einer nochmaligen Maschinenentnahme eine dritte Demontage in nennenswertem Umfang nicht mehr erfolgt. Die neue Demontageliste hat uns aber einen furchtbaren Schlag versetzt. Die schlimmsten Erwartungen wurden weit übertroffen. Niemand hat eine solche Demontageliste erwartet. Es geht nun wirklich um Sein oder Nichtsein. Soll diese Demontage wirklich zur Durchführung kommen, so ist alle unsere Arbeit, unser Hoffen auf eine neue Zukunft, unsere demokratische Neugestaltung aufs schwerste gefährdet.“  
Wir wollen die Hoffnung noch nicht völlig aufgeben, daß die bestimmten Zusicherungen der Alliierten, dem deutschen Volk menschliche und ausreichende Arbeits- und Lebensmöglichkeiten zu gewähren, gehalten werden.  
Der Aeltestenrat hat unter dem Eindruck der Demontageliste zu der damit geschaffenen neuen Lage Stellung genommen. Er ist der Auffassung, daß diese uns veranlassen muß, unsere ganze Arbeit für die Erhaltung unserer letzten Existenzmöglichkeiten einzusetzen. Dieser Aufgabe gegenüber sind die auf der Tagesordnung der heutigen Sitzung stehenden Gegenstände von geringer Bedeutung. Der Aeltestenrat schlägt daher dem Hohen Hause vor, sich zu vertragen.  
Die Fraktionen werden sich anschließend mit dem Demontageplan befassen.

### Das Ende unserer Metallindustrie?

TÜBINGEN. Es steht nun fest, daß der weitaus größte Teil der in der Demontageliste aufgeführten Firmen — soweit die französisch besetzte Zone von Württemberg und Hohenzollern in Betracht kommt — für den Totalabbau vorgesehen ist. Damit bestätigt sich unsere Befürchtung: das von uns geforderte Opfer ist, im Verhältnis betrachtet, weit schwerer, als es die anglo-amerikanische Zone zu tragen haben wird.  
Unsere Stellung in dieser Tragödie — wir sind nicht etwa Zuschauer, sondern Betroffene — bestimmt den Geist, in dem wir heute unseren Publikationspflichten genügen. Wir unterziehen uns ihnen mit den Gefühlen der Besorgnis und der Trauer, aber nicht ohne Hoffnung, es möchten sich Wege finden, wenigstens die ärgsten Härten zu mildern.

**Zur Total-Demontage bestimmt:**  
Dornier-Werke in Manzell-Friedrichshafen, Langengen, Rickenbach-Lindau, Wangen, Nußdorf und Wasserburg; Zeppelin-Werke, Friedrichshafen; I.G. Farben, Industriewerk Rottweil; Robert Bosch AG, Suhl; Hansa-Metallwerke, Gauseltingen; VKF Cannstatt Norma, Lager in Reutlingen, Metzingen, Bits, Rommelsbach und Riederich; Fr. Leitz, Burgrieden; Püschel-Hohenzollern, Hiltensverwaltung, Lauchertal; Richard Horst & Co., Urach; Maybach, Friedrichshafen; Josef Mehrer, Ballingen; Pumpenfabrik, Urach; Fritz Storz, Weingarten; Teufel KG, Nagold; Ernst Wagner, Reutlingen; Julius Bischoff, Mühringen; Bizerba Waagenfabrik KG, Ballingen; Jakob Böß, Onstmettingen; Johannes Böß, Onstmettingen; Bernhard Braun, Klosterreichenbach; Robert Bürkle, Freudenstadt; Eugen Fabrian, Bits bei Ebingen; Gottlieb Gühring, Ebingen; Jakob Keisath, Onstmettingen; Keller-Melwerkzeuge, Aidingen; Mootan-Werke Walter, Tübingen; Müller & Christner, Metzingen; Nothelfer & Söhne, Ravensburg; Raster & Bosch, Onstmettingen; Chr. Wandel, Reutlingen; Widmann, Leichingen; Carl Benzinger, Unterreichenbach; Burkhardt & Weber, Reutlingen; Hermann Dörrlinger, Metzingen; Fr. Henning, Metzingen; Willi Hegner, Schwenningen; Otmira, Tübingen; Maschinenfabrik Ravensburg; Solid-Werke, Metzingen; Steinel, Schwenningen; Vosseler, Schwenningen; Wafios, Reutlingen; Gustav Wagner, Reutlingen; Maschinenfabrik Weingarten; J. Wörner, Schwenningen; Fichter & Hackenjos, Halgerloch; Franz Hermle & Söhne, Gosheim; Joh. Jäckle GmbH, Schwenningen; Gebr. Junghans, Werk Rottenburg, Dunningen, Schwenningen, Locherhof, Marzell und Lauterbach; Kern KG, Schramberg; Landolf, Gosheim; Müller, Schwenningen; Uhrenfabrik Mühlheim, Mühlheim, Kreis Tuttlingen; Urgos-Uhrenfabrik, Schwenningen; Haller & Jauch, Schwenningen; Joh. Weiß & Söhne, Gosheim; Georg Würtner, Schwenningen; Seifenfabrik Schneider, Horb; Mauer-Werke, Oberndorf; Oberschweil, Sauerstoffw., Marstetten.

**Zur Teil-Demontage bestimmt:**  
Zahnradfabrik, Friedrichshafen (33%); J. Hengstler, Aidingen (50%); Gebr. Junghans Schramberg (50%); Uhrenfabrik Kienzle, Schwenningen (50%); J. Schlenker-Grusen, Schwenningen (50%); Friedr. Mauthe GmbH, Schwenningen (50%). (Prozentsätze der verbleibenden Kapazität)

Der Bau von Hartmetallwerkzeugen wurde mit der Demontage der Meißelwerke Walter zu 90% betroffen. Hartmetallwerkzeuge aber sind heute die Grundlage für die industrielle Fertigung überhaupt, denn das Arbeiten mit sogenannten Schnellstählen beansprucht bereits die dreifache, das Arbeiten mit Werkzeugen aus unlegiertem Stahl etwa die acht- bis zehnfache Bearbeitungszeit. Die erwähnte Firma, die sich übrigens in italienischem Besitz befindet, ist dazu das einzige leistungsfähige und das alleinige Lieferwerk für die Automobilindustrie.  
Auf dem Gebiet des allgemeinen Maschinenbaus wird weiter völlig vernichtet die Industrie der Pumpen und Kompressoren. Nur ein einziges Werk mit 29 Beschäftigten bleibt erhalten. Von den Auswirkungen werden betroffen: die Nahrungsmittelindustrie mit ihren Maschinen für Oelgewinnung, Früchteverwertung, Teigwarenherstellung usw., die chemische und pharmazeutische Industrie, die Gummiindustrie und die Vulkanisierbetriebe, die Sperrholz- und Bauplatenindustrie, überhaupt Industrie und Handwerk vieler Arten bis zu den Garagen.  
Mit der Demontage der Holzbearbeitungs-Maschinenfabrik Bürkle in Freudenstadt werden wir das einzige Werk verlieren, das den Wiederaufbau der verschiedenen 1945/46 bereits demontierten Sperrholz- und Furnierwerke (Hölg, Schwäbische Formholz AG, usw.) gewährleisten könnte. Betroffen werden in Deutschland Edelholz- und Möbelindustrie, aber auch Frankreich selbst, das etwa 50% der Produktion abnimmt.  
Die Uhrenindustrie wird zu reichlich 50% der heute noch bestehenden Kapazität abgebaut, wobei sich Totaldemontagen, wie etwa im Falle Junghans die Steinfabrik und das Drahtziehwerk, auf die Restkapazität naturgemäß entsprechend auswirken müssen.  
Mit der Firma Teufel in Nagold verlieren wir schließlich das einzige Unternehmen, das Absauge- und Klimaanlage für die Papier-, Textil- und Holzindustrie herstellt, wobei gleichzeitig die leistungsfähigen Werke dieser Art in der amerikanischen Zone ebenfalls demontiert werden sollen. In allen diesen Fällen ist der Schaden nicht nur für das deutsche Volk unermesslich, in dessen engverflochtene Wirtschaft irreparable Lücken gerissen werden und das in nicht zu ferner Zukunft entweder von einem ausreichenden Export leben, oder ohne einen solchen zugrunde gehen muß, sondern es werden die hochentwickelten schwäbischen Spezialfertigungen ganz Europa fehlen.

**Verelendung, Hunger und Not sind die Folgen**  
Der heute am 7. November zusammengetretene Bundesvorstand der Gewerkschaften Südwestdeutschland-Hohenzollern hat mit großer Bestürzung von den neuerlichen Demontageplänen in unserem Lande Kenntnis genommen. Schon die bereits erfolgten Maschinenentnahmen haben die Existenzgrundlagen unserer Wirtschaft auf das schwerste erschüttert. Die neuen Maßnahmen führen unserer Auffassung nach zu einer völligen Desorganisation unserer in Südwestdeutschland besonders komplizierten Veredelungs- und Exportindustrie, und in ihrem Gefolge und in ihrer Auswirkung zu einer Arbeitslosigkeit in größtem Ausmaß.  
Seit der Zulassung der Gewerkschaften haben sich dieselben eindeutig dazu bekannt, die Schäden wieder gutzumachen, die anderen Völkern durch Nazismus und Militarismus zugefügt worden sind. Die Gewerkschaften anerkennen auch ohne weiteres die Forderung zur restlosen Demontage reiner Rüstungsbe-

triebe. Die vorliegende Demontageliste aber zeigt, daß dieser Rahmen weit überschritten werden soll.  
Um aber unserer Wiedergutmachungspflicht nachkommen zu können, ist Voraussetzung die Wiederingangsetzung der Wirtschaft und ihrer Produktionsanlagen. Ganz abgesehen davon, daß die Existenz tausender arbeitswilliger Menschen und ihrer Angehörigen in Frage gestellt ist, die ihren Arbeitsplatz und damit ihr Brot verlieren. Verelendung, Hunger und Not sind die Folgen. Das kann nicht die Absicht der Siegermächte sein. Dies widerspricht auch den Proklamationen der Siegermächte, daß es nicht ihre Absicht sei, das deutsche Volk zu vernichten.  
Der Bundesleitung sind eine Reihe von Meldungen über die Verzweiflungsgestimmungen der Arbeiterschaft in den direkt betroffenen Betrieben, aber auch darüber hinaus aus der ganzen Bevölkerung, die mittelbar und unmittelbar von der Demontage betroffen wird, zugegangen. Der Arbeitswille und das Bestreben zur Wiedergutmachung ist durch die katastrophale Ernährungslage bereits außerordentlich gefährdet. Dazu kommen noch die Sorgen für den bevorstehenden Winter.  
Alle diese Umstände erschweren bzw. verunmöglichen die schwere Arbeit der Gewerkschaften in bezug auf Wiederaufbau und die Demokratisierung der arbeitenden Schichten. Man sollte daher unserem Volk seine Produktionsstätten und Werkzeuge in einem ausreichenden Maße belassen, um in Friedensfertigung den Warenhunger des deutschen Volkes und der übrigen Völker Europas befriedigen zu können.  
Wir sind der Überzeugung, daß nur durch eine lebensfähige Wirtschaft der Aufbau der Demokratie in Staat und Gesellschaft und damit die Sicherung eines dauernden Friedens gewährleistet ist. Mit verzweifelten Menschen, ohne Aussicht auf einen Wiederaufbau und Besserung ihrer unermesslichen Lage ist eine Verständigung mit allen übrigen Völkern der Welt nicht oder nur sehr schwer zu erreichen.  
Wir richten deshalb an die Besatzungsmächte die dringende Bitte, die angekündigte Demontage einer nochmaligen Überprüfung zu unterziehen und soweit sie als unbedingt notwendig erachte, die Durchführung mit größter Schonung zu betreiben. Vor allem ist den betroffenen Industrien bzw. Betrieben die Möglichkeit zum Wiederaufbau zu belassen.  
An die Arbeiter und Angestellten richten wir die Bitte, sich durch diesen neuen schweren Schicksalsschlag nicht entmutigen zu lassen. Die Gewerkschaften setzen ihre ganze Kraft und ihren Einfluß für die weitestmögliche Erhaltung der Produktionsstätten unseres Landes ein, um die drohende Katastrophe zu verhindern.  
Bundesvorstand des Gewerkschaftsbundes  
Südwestdeutschland-Hohenzollern  
gez. Fr. Fleck

**Überschreitung des vertretbaren Maßes**  
Wir wollen mit den Völkern der Welt in Frieden leben. Diesem Willen entspricht die Zerstörung der deutschen Kriegsindustrie. Wir sind uns auch der Härte der Lage bewußt, die durch die unermesslichen Verbrechen entstanden ist, welche Hitler im angeblichen Namen Deutschlands verübt hat. Sie verpflichten uns zu einer Wiedergutmachung der anderen Völkern zugefügten Schäden.  
Die nunmehr veröffentlichte Liste der für Reparationsleistungen zur Verfügung gestellten Betriebe im Lande Württemberg-Hohenzollern übersteigt alle Befürchtungen und läßt lähmendes Entsetzen und stärkste Beunruhigung in allen Kreisen der Bevölkerung hervorrufen.  
Die sachkundige erste Nachprüfung der Liste hat diese Befürchtungen bestätigt. Es ist im wesentlichen weder eine Anrechnung der seit zwei Jahren laufenden, in das Gefüge unserer Wirtschaft tief eingreifenden Maschinenentnahmen vorgesehen, noch besteht irgendeine aussichtreiche Möglichkeit, nach Durchführung der Demontage unsere Wirtschaft lebensfähig zu erhalten.  
Damit überschreitet die Demontage, die vor Friedensschluß und ohne Anhörung des besiegten Landes erfolgt, das rechtlich und moralisch vertretbare Maß, wie es in der Haager Landkriegsordnung, in der Potsdamer Deklaration vom 5. Mai 1945 und in allgemeinen völkerrechtlichen Grundsätzen begrenzt ist.  
Alle Parteien sind einig in dem Bestreben, nichts unversucht zu lassen, um die Demontage und die Art ihrer Durchführung auf ein erträgliches Maß zurückzuführen.  
Nur dann kann das Ziel erreicht werden, das z. B. in den Regierungsrichtlinien für General Clay vom Juli 1947 niedergelegt ist, wonach es Aufgabe der Militärregierung ist, die wirtschaftliche und erzieherische Grundlage für eine gesunde deutsche Demokratie zu legen und in Deutschland solche Verhältnisse herzustellen, die den wirksamsten Beitrag für ein gesichertes und blühendes Europa liefern, zu einer inneren Ruhe in Deutschland führen und zu dem Geist des Friedens zwischen den Nationen beitragen.“  
Der Landes- und Fraktionsvorsitzende der CDU,  
Dr. Gebhard Müller.

Noch können wir es nicht glauben

Mit banger Sorge erwarteten wir die Demontagefrage für Württemberg-Hohenzollern, die uns jetzt vorgelegt wurde. Alle Befürchtungen wurden übertrumpft. Die Auswirkungen für das ganze Land sind furchtbar. Einzelne Industriegemeinden werden tödlich getroffen. Erst wenn Einzelheiten über den Abbau bekannt sind, ist eine endgültige Stellungnahme möglich. Jetzt schon kann gesagt werden, daß fast die gesamte Werkzeugmaschinenindustrie verloren geht, daß viele andere für die gesamte Wirtschaft bedeutende Industrien fast ganz aufgehoben werden und daß die Exportindustrie keinen nennenswerten Faktor mehr bilden wird.

Die Exportgüter werden bei der verringerten Produktionskapazität, da viel zu teuer produziert werden muß, nicht abgesetzt werden können. Lebensmittel und Rohstoffe können auf dem Weltmarkt nicht gekauft werden. Der Lebensstandard wird weiter absinken, auf keinen Fall kann er sich unter diesen Zuständen heben.

Unsere Landwirtschaft kann die Bodenbewirtschaftungsreform nicht durchführen, denn ohne Maschinen ist keine genossenschaftliche Großwirtschaft möglich. Eine Ertragssteigerung wird nicht erreicht. Höhere Lebensmittelpreise werden ausbleiben.

Ein weiterer langsamer Verfall der Volkskraft wird die Folge sein. Schlimmer noch wirkt sich die Lähmung des Arbeitswillens aus. Ohne intensive Arbeit kann die Krise nicht überwunden werden. Eine große Unsicherheit lähmt jede Initiative.

Alle aufbauwilligen Kräfte waren bereit, einen erheblichen Teil ihres Arbeitsertrags an die Besatzungsmächte abzugeben. Wenn es aber an den Lebensnerv geht, kann es nicht laut genug gesagt werden. Wird man diese Stimmen hören? Wird die französische Militärregierung eine Revision anstreben, denn das Land Württemberg-Hohenzollern ist erheblich stärker belastet als die Länder der Bizone. Sollte die Demontage in der vorgesehenen Weise Wirklichkeit werden, wäre es eine Katastrophe. Noch können wir es nicht glauben!

Der Fraktionsvorsitzende der SPD  
Kalbfeil

Nüchterne Prüfung

Das deutsche Volk weiß, daß es als Folge des Naziregimes und des Verlustes des von ihm entfesselten Krieges Wiedergutmachungen zu leisten hat. Die heute veröffentlichte Demontageliste für die französische Zone erfüllt jedoch unser Volk mit tiefer Bestürzung. Der erste Eindruck ist, daß nach den vorausgegangen Maschinenentnahmen die Belastung der französischen Zone und unseres Landes eine sehr viel schwerere ist als die von Nordwürttemberg und den übrigen Ländern der amerikanisch-britischen Zone. Art und Umfang der befohlenen Demontagen stellen den Wiederaufbau unserer Industrie als Teil der deutschen und der europäischen Wirtschaft in Frage.

Es ist unsere Pflicht, die Wirkungen der angeordneten Demontagen zusammen mit den anderen Parteien nüchtern auf unsere wirtschaftliche Existenz und unseren demokratischen Staatsaufbau zu prüfen und diejenigen Folgerungen aus dem Ergebnis unserer Prüfung zu ziehen, die uns die Verantwortung unserem Volke gegenüber gebietet.

Die Landtagsfraktion der DVP

Ausmaß übertrifft alle anderen Zonen

Bisher wurde in den westlichen Zonen Deutschlands allgemein der Eindruck erweckt, als ob die Demontage ganzer Betriebsanlagen nur eine Angelegenheit der Ostzone sei, die dort für die Zwecke der sowjetischen Besatzungsmacht erfolge.

Sowohl die Veröffentlichung der Demontageliste in der Bizone als auch die nunmehr bekannt gewordene Demontageliste für die französische Zone beweisen erneut die verhängnisvolle Demagogie, die in einem solchen propagandistischen Unterfangen zum Ausdruck kam.

Bei der Durchsicht der nunmehr für die französische Zone in Betracht kommenden Demontageliste, insbesondere des Teiles, der sich mit den Auswirkungen der Demontage in unserem Lande Württemberg-Hohenzollern befaßt, gewinnt man sogar den Eindruck, daß das Ausmaß der Demontagemaßnahmen bei uns gegenüber allen andern Zonen weit übertrifft wird.

Wir Kommunisten erblicken in dieser Art der Demontage eine Verwirklichung des in aller Welt berüchtigten Morgenthauplanes, der die deutsche Wirtschaft auf dem Weltmarkt als Konkurrenten für immer ausschalten will und damit dem deutschen Volk selbst die beschiedenen Lebensmöglichkeiten verwehrt.

Gestützt auf den Inhalt der Proklamation von Potsdam, die dem deutschen Volk eine friedliche Entwicklung in einem einheitlichen Deutschland garantiert, anerkennen wir durchaus die Notwendigkeit der Wiedergutmachung der vom Hitlerregime in der Welt angerichteten Schäden. Wir sind auch ohne weiteres bereit, durch die Demontage der tatsächlichen Rüstungsindustrie und der Entmachtung der Nutznießer des Hitlerkrieges und der Kriegsverbrecher neue Voraussetzungen für eine friedliche Entwicklung in der Welt zu schaffen. Die vorgeschlagenen Demontagemaßnahmen bewirken aber im Endergebnis genau das Gegenteil.

Sowohl die wirtschaftliche als die ideologische Auswirkung dieser Demontagen werden nun mit dem Wiederaufbau der Verhältnisse betrauten demokratischen Kräften in Deutschland die Arbeit auf das stärkste erschweren.

Der Landesleiter der KPD  
Württemberg-Hohenzollern  
Wilfried Adler

Industrie- und Handelskammer

Dr. Stecher, Vizepräsident der Industrie- und Handelskammer Reutlingen, erklärte einem Pressevertreter gegenüber, es sei notwendig, zu wissen, ob die demontierten Betriebe wieder aufgebaut werden dürfen. Auch sollte man erfahren, inwieweit Rohmaterialien, Halbfabrikate, Werkstatteinrichtungen in die Demontage begriffen seien.

Meinungsverschiedenheiten und keine Lösung

Stellvertretende Außenminister prüfen Fragen des Friedensvertrags mit Deutschland

LONDON. Die stellvertretenden Außenminister prüften am vergangenen Samstag die Fragen des Vorbereitungsverfahrens für den Friedensvertrag mit Deutschland, ohne daß frühere Meinungsverschiedenheiten eine Lösung gefunden hätten. Strittig ist die Liste der Deutschland benachbarten alliierten Staaten, deren Ansichten berücksichtigt werden sollen.

Die USA und England widersetzen sich der Aufnahme Albanien in diese Liste. Über den Zeitpunkt der Einberufung der Friedenskonferenz äußerte die sowjetische Delegation, man solle damit bis zur Bildung einer deutschen Zentralregierung, die den Entwurf eines Friedensvertrages entgegennehmen könne, warten. Die anderen Delegationen wandten dagegen ein, diese Bestimmung gehe aus den in Potsdam gefaßten Beschlüssen nicht hervor.

Die USA, Frankreich und England stimmten dafür, daß China als einladende Macht auf der Friedenskonferenz amtiert solle, während die Russen dagegen sind. In der Frage der Zusammensetzung der Friedenskonferenz hielt die Sowjetunion ihre Ablehnung des Vorschlags der USA, alle mit Deutschland im Krieg befeindeten Staaten auf gleichberechtigter Basis zuzuziehen, bei. Sie will den Vorrang der fünf Deutschland benachbarten Großmächte vorbehalten wissen und nur die Staaten eingeschlossen sehen, die an dem gemeinsamen Kampf tatsächlich teilgenommen hätten.

In bezug auf die Frage, inwieweit Deutschland die Möglichkeit gegeben werden soll, seine Ansichten auf der Konferenz zu äußern, schlug die Sowjetunion vor, dieses Recht einer deutschen Regierung vorzubehalten, während die USA dafür eintraten, es bevollmächtigten Vertretern Deutschlands zu übertragen, wobei es sich um eine deutsche Zentralregierung, um die Regierungen der Länder oder um beides zusammen handeln könne.

Die englische Delegation sprach von Vertretern einer deutschen Regierung, falls eine Regierung bestehe, die zur Annahme des Friedensvertrags als geeignet erachtet werden könne. Frankreich betonte die Schwierigkeit, festzusetzen, welche deutschen Behörden qualifiziert seien.

In Londoner Kreisen weist man darauf hin, daß Außenminister Bevin alles versuchen will, um eine Vertiefung des Bruches zwischen den Großmächten zu vermeiden und eine Einigung herbeizuführen. In diesem Zusammenhang wird darauf hingewiesen, daß die Rede Molotows anlässlich des Jahrestages der Oktoberrevolution kaum zur Schaffung einer Vertrauensatmosphäre beigetragen habe.

Nach Meldungen aus Washington hält Staatssekretär Marshall die Londoner Konferenz für die „Konferenz der vorletzten Chance“ im Gegensatz zu Bidault, der von der Konferenz der letzten Chance sprach. Marshall scheint alles aufbieten zu wollen, um den Bruch mit Sowjetrußland und damit die Aufspaltung Deutschlands verhindern zu können. Man ist in Washington nach diesen Meldungen der Ansicht, daß die Londoner Konferenz keineswegs unbedingt mit einem Bruch enden müsse.

Das amerikanische Staatsdepartement soll die Pläne für den deutschen Friedensvertrag bereits bis ins einzelne ausgearbeitet haben.

Außerdem nimmt man an, daß die Russen kein Interesse daran hätten, das deutsche Problem durch eine endgültige Aufteilung Deutschlands in eine westliche und östliche Hälfte zu liquidieren. Selbst wenn die Londoner Konferenz an einem toten Punkt angelangen sollte, müßte deshalb die Brücke noch keineswegs unwiderruflich abgebrochen werden.

Der ehemalige Staatssekretär der USA,

Byrnes, trat in einer Rede, nachdem er Zweifel hinsichtlich der Möglichkeit einer Einigung über das deutsche Problem bei der kommenden Viererkonferenz ausgesprochen hatte, dafür ein, daß eine Konferenz zur Ausarbeitung der Friedensverträge mit Deutschland zu Beginn des kommenden Jahres einberufen werde, die bei Teilnahme aller alliierten Regierungen ihre Beschlüsse mit 2/3-Mehrheit fassen solle.

Eine Einigung mit den UdSSR sei nicht möglich, falls die USA es ablehnten, den Sowjets das Recht zur Beteiligung an der Leitung der Schlüsselindustrien des Ruhrgebietes einzuräumen und die sowjetischen Reparationsforderungen in Höhe von 10 Milliarden Dollar zu billigen. Byrnes selbst lehnt jedoch diesen Gedanken ab mit dem Hinweis auf die Gefahr „ständiger Meinungsverschiedenheiten“, die den Frieden bedrohen würden. Die beste Politik in bezug auf die Sowjetunion bleibe eine Politik „der Geduld und der Entschlossenheit“.

Byrnes behauptete, daß, falls die USA geneigt würden, zwischen dem Marshall-Plan, für den er sich aussprach, und der Unterhaltung einer starken Armee zu wählen, letztere vorziehen müßten.

Atombombe kein Geheimnis mehr?

Herstellung der Atombombe ein großer Unterschied bestehe

Präsident Truman gratuliert

WASHINGTON. Präsident Truman hat an den Präsidenten des Obersten Sowjets, Schewernik, eine Glückwunschbotschaft zum 30. Jahrestag der Oktoberrevolution mit folgendem Wortlaut gesandt:

„Zum Nationalfeiertag der UdSSR bitte ich Sie, dem Sowjetvolke die aufrichtigsten Glückwünsche der Bevölkerung der Vereinigten Staaten zu übermitteln.“

So unaufhaltsam wie der Sonnenlauf

BERLIN. Anlässlich des 30. Jahrestages der russischen Oktoberrevolution erklärte der Vorsitzende der SED, Otto Grotewohl, wer gegen die Sowjetunion sei, trete auf den Platz Hitlers und werde fallen, wie Hitler gefallen sei. Der Siegeslauf der marxistisch-leninistischen Idee sei genau so unaufhaltsam wie der Sonnenlauf von Ost nach West.

Das kommunistische Rußland sei heute kein Experiment mehr, sondern die erste Realität in dem sich abzeichnenden Jahrhundert Lenins. Der Versuch der USA, den Deutschen die Zügel zu zeigen, für die es kämpfe, sei zwar sehr lehrreich, trage aber nicht zur Lösung der deutschen Probleme bei.

Bedeutungsvoller sei die letzte Rede Molotows, in der er dem deutschen Volke erneut das Recht auf Einheit, Freiheit und fortschrittliche Entwicklung zugesichert habe. Mit Deutschland habe die ganze Welt aufgesatmet, als der Alpdruck der Atombombenpropaganda durch die Erklärung Molotows wie eine Seifenblase platzt sei. Es sei tröstlich, daß die Atombombe nun nicht mehr die Monopolwaffe einer Macht darstelle.

Der deutsche Sozialismus könne nur in der demokratischen Verständigung erreicht werden. Die deutsche Arbeiterschaft werde aber zu revolutionären Mitteln greifen, falls die kapitalistischen Kräfte den demokratischen Weg verlassen sollten.

MOSKAU. Anlässlich der Feier des 30. Jahrestages der Oktoberrevolution in Rußland erklärte Außenminister Molotow, das Geheimnis der Atombombe existiere nicht mehr. Sowjetrußland werde aber dennoch der Politik internationaler Zusammenarbeit treu bleiben.

Die Entwicklung der letzten 30 Jahre zeige, daß das Zeitalter des Kapitalismus zu Ende gehe. Der Marshall-Plan sei nichts als Expansionspolitik, veranlaßt durch die drohende Wirtschaftskrise der USA.

Professor Curey, Nobelpreisträger, und einer der drei amerikanischen Wissenschaftler, die maßgeblich an der Herstellung der ersten Atombombe beteiligt waren, erklärten in London: „Drei Atombomben würden genügen, um eine Stadt wie London vollständig zu zerstören. Gegen diese Waffe gibt es keinen Schutz. Zwanzig längs der Westküste der USA geworfene Bomben würden eine Radioaktivität verursachen, die jedes menschliche, tierische und pflanzliche Leben in diesem Gebiet vernichten würden.“ Die amerikanischen Wissenschaftler seien sich vollkommen darüber im klaren, daß man die Herstellungsmethode der Atombombe nicht lange geheimhalten könne.

Die meisten Delegierten der UN werten die Ausführungen Molotows über die Atombombe als „Bluff“ und weisen darauf hin, daß zwischen der Kenntnis des Geheimnisses und der

Revision des Europa-Hilfsprogrammes?

WASHINGTON. Der Handelsminister der USA, Harriman, erklärte zur Höhe der Hilfe, die die USA Europa zu gewähren imstande seien: „Die USA können an Europa eine Gesamthilfe in Höhe von höchstens 5 bis 5,75 Milliarden Dollar gewähren, um den Bedarf Europas bis Ende 1951 zu decken.“ Die Angaben Harrimans beziehen allerdings die Finanzierung eines Teils des Programms durch die Internationale Bank, deren Präsident kürzlich angab, daß die Bank 2 bis 3 Milliarden Dollar unter Umständen übernehmen könnte, nicht mit ein.

Die Möglichkeit privater Finanzierung und das Moment, daß Europa sein Defizit durch Warenaustausch mit anderen Ländern als den USA mildern kann, sind gleichfalls nicht erwähnt.

Auf jeden Fall soll der Bericht der Vier-Konferenz hinsichtlich des Umfangs der Produkte der USA, die für jedes Land vorgesehen sind, revidiert werden.

Harriman wies darauf hin, daß die für Deutschland vorgesehene wirtschaftliche Hilfe zweifellos umfangreicher sein werde als es in Paris festgelegt worden sei, da Deutschland eine größere Menge Lebensmittel zugeführt werden müsse, um die Ruhrkohlenproduktion, die eine lebenswichtige Frage für den Wiederaufbau Europas darstelle, erhöhen zu können.

Vermutungen über die künftige Wirtschaftsentwicklung in den USA zeigen, daß man an eine günstige Konjunktur für das kommende Jahr glaubt. Teilweise wird auch eine leichte Depression für das Frühjahr 1948 vorausgesagt, die jedoch noch im selben Jahre zu einer Erholung und Stabilisierung der USA-Wirtschaft führen könne. Allgemein wird allerdings ein Anhalten der inflationistischen Tendenzen und ein weiteres Anziehen der Preise, vor allem für Nahrungsmittel und Kleidung, mit darauf folgenden Lohnerhöhungen erwartet.

Gewichtige Realität UdSSR

HAMBURG. „Es wäre verständlich, vor der Geschichte aber schwer zu rechtfertigen, wenn die Alliierten auf der Londoner Konferenz eine leichte Lösung suchten, und eine schnelle Gesundung des deutschen Westens einem vielleicht teuren Kompromiß, den die Vereinigung dieses Landes kosten wird, vorziehen.“ äußerte der Vorsitzende der CDU der Sowjetzone, Jakob Kaiser, in einem Artikel der „Welt“.

„Diejenigen, die den orthodoxen Marxismus nicht wollen und seine Ausdehnung nach dem Westen fürchten, müssen ihn zu begreifen suchen, wie wir es seit 2 1/2 Jahren in der sowjetischen Besatzungszone und in Berlin tun. Isolierung eines Teils von Deutschland ist nicht das rechte Mittel, um den Kommunismus an seinem Vordringen zu hindern oder ihn auszuschalten.“

Nach der Einigung Deutschlands werde es sich zweifellos herausstellen, daß Ostdeutschland noch stärker als Westdeutschland davon überzeugt sei, daß der Marxismus keine dem deutschen Volk angepaßte Lebensform sei, aber „man darf nicht vergessen, daß Rußland eine gewichtige Realität ist“.

Die öffentliche „Meinung“

WIEN. Ein Korrespondent der „New York Herald Tribune“ meldet aus Wien, seit der in Deutschland angekündigten Kampagne der USA gegen den Kommunismus habe die kommunistische Presse Wiens einen heftigen anti-amerikanischen Feldzug eröffnet. Das Blatt der Roten Armee z. B. habe den Vorwurf erhoben, die USA bereiteten einen „kalten Anschluß“ Westösterreichs an die angloamerikanische Zone Deutschlands vor.

Deutsch-englische Demontagekommission

DÜSSELDORF. In Nordrhein-Westfalen wurde auf Grund eines Übereinkommens zwischen der Militär- und der Landesregierung eine beratende deutsch-englische Kommission für Angelegenheiten der Demontage gebildet. Die Kommission besteht aus einem Haupt-, einem Industrie- und einem Ableferungsausschuß. Deutscherseits gehören diesen Ausschüssen Vertreter der Gewerkschaften und der deutschen zuständigen Landesministerien an.

Der deutsche Gewerkschaftsbund teilte in einem Aufruf mit, daß er von der britischen Militärregierung die Zusicherung einer Ueberprüfung der Demontagelisten für solche Fälle erhalten habe, in denen der Abbau eines Betriebes oder einer Betriebsabteilung eine Beeinträchtigung der lebenswichtigen Versorgung ergeben würde. Außerdem sei zugesagt, daß die Demontagen nicht schlagartig, sondern bei möglicher Vermeidung sozialer Spannungen durchgeführt werden sollen.

Parteien Südbadens zur Demontage

FREIBURG. Die Fraktionen der 4 südbadischen Parteien wandten sich in einem Schreiben an den Präsidenten des badischen Landtags, in dem sie zu den Demontagen in Südbaden Stellung nahmen. In dem Schreiben heißt es u. a.:

„Die Durchführung des in der Presse veröffentlichten Planes der Demontierung listenmäßig genannten Industriebetriebe würden den badischen Export von Industrieerzeugnissen intern treffen und einen Exportplan mit der gewünschten Folge einer zusätzlichen Ernährung und Versorgung des badischen Volkes mit Rohstoffen und Gütern des notwendigen Lebensbedarfes im wesentlichen unmöglich machen.“

Anna Pauker an Stelle von Tatarescu

BUKAREST. Der bisherige rumänische stellvertretende Ministerpräsident und Außenminister Tatarescu ist mit den übrigen Ministern und Unterstaatssekretären der liberalen Partei zurückgetreten. An seiner Stelle wurde das bisherige Mitglied des Zentralkomitees der kommunistischen Partei, Anna Pauker, zum Außenminister ernannt. Ferner wurden ernannt Vasile Luca zum Finanzminister, Jordachescu zum Minister für öffentliche Arbeiten und Stojan Stantiu zum Kultusminister. Weiter sind vier Unterstaatssekretäre ernannt worden (alle Angehörige der kommunistischen Partei).

Ueber die Aufgaben der neuen Regierung äußerte sich der Generalsekretär der kommunistischen Partei folgendermaßen: „Nun können wir unserer Innen- und Außenpolitik eine größere Geschlossenheit in der Verteidigung und Verstärkung unserer Souveränität und unserer nationalen Unabhängigkeit sowie in der Beschleunigung der Maßnahmen für den wirtschaftlichen Wiederaufbau und der Verbesserung des materiellen und kulturellen Zustandes derer, die an der Entwicklung der Demokratisierung des Landes arbeiten, geben.“

Rationierung der Kartoffeln in England

LONDON. England muß wahrscheinlich seine Kartoffeln rationieren, wenn die geringe diesjährige Ernte ausreichen soll. Steigender Verbrauch und geringe Einfuhren stellen die Regierung vor ein schwieriges Problem.

Die Sowjetunion, Polen, die Tschechoslowakei und Jugoslawien wünschten Handelsbeziehungen mit Großbritannien, erklärte ein Labourabgeordneter, der soeben Osteuropa besucht hat. Der Abgeordnete betonte, dadurch könnte Großbritannien in einem Jahr mit den USA auf gleichem Fuß verhandeln, anstatt betteln zu müssen.

Lord Vansittard hat im Oberhaus die Revision der mit den russischen Satellitenstaaten abgeschlossenen Verträge verlangt. England habe diese Verträge mit Leuten abgeschlossen, die ihre Verpflichtungen weder einhalten, noch einhalten wollten.

Labour Party überall im Rückgang

MELBOURNE. Bei im Staate Viktoria in Australien durchgeführten Wahlen erlitt die Arbeiterregierung eine Niederlage. Die Landwirtpartei konnte 40 von 65 Sitzen in der Legislativversammlung sich erobern. Drei Minister der Labour Party verloren ihre Sitze. Nach letzten Meldungen rechnet man damit, daß in den nächsten Tagen eine Regierung aus Mitgliedern der liberalen und der Landwirtpartei gebildet werden.

Deutsche Konferenz

BERLIN. Eine Konferenz von etwa 20 führenden deutschen Persönlichkeiten aller Zonen und Parteirichtungen, auf der vermutlich die Bildung einer nationalen Repräsentation besprochen wird, hat am vergangenen Sonntagnachts in Berlin ihren Anfang genommen.

Die Konferenz, die von dem Berliner Bürgermeister Dr. Friedensburg angeregt worden war, will gesamtdeutsche Fragen im Hinblick auf die Londoner Konferenz erörtern. Zu den Teilnehmern gehören u. a. der ehem-

Der Fraktionsvorsitzende der SPD  
Kalbfeil



Die Wahrheit über Freudenstadt

Bürgermeister Klepser gab im Gemeinderat der Stadt Bad Liebenzell folgende Erklärung ab: Ich bin am 28. Oktober in Sigmaringen als Vertreter der Gemeinden des Kreises Calw in den Landesvorstand des neugebildeten Gemeindetages Württemberg-Hohenzollern gewählt worden. Der Gemeinderat Freudenstadt hat gegen den Wahlvorschlagnachtrag Protest eingelegt, den Bürgermeister Rotfuß mündlich damit begründete, daß ich ihm gegenüber nach der Besetzung von Freudenstadt erklärt hätte, ich hätte alles getan, um die Verteidigung der Stadt zu vermeiden, letztes Ende hätte ich jedoch den Befehlen Himmlers und Meeres Folge geleistet. Letztere Behauptung ist eine böswillige Verdrehung meiner Aussagen. Ich selbst fühle mich von den kurz vor der Besetzung Freudenstadts über den Rundfunk ergangenen Befehlen, jede Stadt, jedes Dorf müsse bis zum letzten Haus verteidigt werden, nicht betroffen und nicht an sie gebunden. Vielmehr habe ich an, daß diese Befehle den Kampfbefehlenden der deutschen Wehrmacht veranlassen könnten, die dringenden Bitten des Bürgermeisters und des Standortarztes um Erklärung Freudenstadts als offene Stadt abzulehnen. Vollkommen aus der Luft gegriffen sind Pressemitteilungen, daß mich Freudenstädter Bürger flehentlich gebeten hätten, die Stadt zu übergeben und daß ich diese Bitten abgelehnt hätte.

Ich habe mich entgegen den vorliegenden Befehlen nicht „abgesetzt“, trotzdem ich erst 6 Wochen in Freudenstadt war und mir die Verhältnisse und die Menschen vollkommen unbekannt waren, sondern war während der ganzen Dauer des Beschlusses auf dem Posten und es kam nicht ein Mann zu mir. Nicht einer der heute führenden Männer der Stadt Freudenstadt, soweit sie damals ortswohnend waren, also auch nicht der heutige Bürgermeister Rotfuß hat den Versuch gemacht, mit mir zusammen oder allein mit dem Feind in Verbindung zu kommen.

Ich bin während des Beschlusses mit meinem Auto allein in Feindrichtung bis nach Baisersbrunn gefahren, in der Hoffnung, Feindberührung zu bekommen und um Löschhilfe zu holen. Ich sah auf dem 8 Kilometer langen Weg keine deutschen und keine französischen Soldaten. In Baisersbrunn trank der Landwirt im Wirtschaftsgenossenschafts-Glas Wein — soweit war die Front noch von Freudenstadt weg. Ich habe mich dann an den Löschmaßnahmen auf dem Marktplatz beteiligt, bis ein Bombenangriff, bei welchem ich um Haarbreite am Tod vorbeiging, die Wasserleitungen und die Löschgeräte zerstörte.

Auf den Antrag des Standortarztes Dr. Bauer in der Frühe der Beschlüsse um eine Feuerpause zur Verlegung der bedrohten Lazaretts, teilte der Kampfbefehlende, General von Alberti, mit, daß der Feind bereits über Hallwangen nach Süden im Vormarsch sei, daß sich die Kampffront also nicht auf Richtung Freudenstadt zu bewege. Er habe den Befehl erteilt, keinen Ortskampf in Freudenstadt durchzuführen. Am Vormittag des 17. April zog dann der Feind ohne einen Schuß der Gegenwehr in Freudenstadt ein. Wie sich dann die Dinge weiter entwickelt haben, weiß jeder Freudenstädter Bürger.

Vorher konnte durch gemeinsamen Einsatz von Standortarzt, Landrat und Bürgermeister erreicht werden, daß keine Panzersperren im Stadtgebiet angelegt und daß die verlangte Evakuierung der Bevölkerung nicht durchgeführt wurde. Im „Palmenwald“ wurde wenige Tage vor der Besetzung der Feldkommandant, Oberst Irmsch, von uns dringend gebeten, den Kampfbefehlenden, General von Alberti, um Freigabe der Stadt zu bitten. Unsere Bitte wurde aber, wie schon erwähnt, abgelehnt. So erging es mit jedem Gefangenen, daß alles Menschennögliche getan wurde für Freudenstadt.

Das Unglück von Freudenstadt ist allein darauf zurückzuführen, daß der Gegner auf Grund der strategisch so wichtigen Lage der Stadt annehmen mußte, daß sie voller Kampftropfen liege und daß sie tatsächlich den vorliegenden Befehlen entsprechend, bis zum letzten Haus verteidigt werden würde. So erfolgte der Beschluß der Stadt und ihre schwere Zerstörung, ohne daß sie in Wirklichkeit verteidigt wurde und ohne daß im Stadtgebiet oder in der unmittelbaren Nähe auch nur der geringste Kampf stattgefunden hätte. Ein Ein-

großen ziviler Instanzen in den Ablauf der folgenden Ereignisse war vollkommen unmöglich. Bei meinem Weggang von Freudenstadt wurde mir daher auch vom Gouvernement Militäres ausdrücklich bestätigt: „Es liegt nichts gegen Sie vor.“ Ich verbeuge mich mit meiner Ehre für die Wahrheit meiner Erklärung und bin bereit, sie vor jedem Forum unter Beweis zu stellen.

Der Gemeinderat unter dem Vorsitz des Beigeordneten Stadtrat Weick, nahm den Bericht von Bürgermeister Klepser mit größtem Interesse entgegen. Stadtrat Weick gab namens des Gemeinderats folgende Erklärung ab:

1. Der Gemeinderat Bad Liebenzell nimmt mit Befriedigung Kenntnis davon, daß Bürgermeister Klepser als Vertreter des Kreises Calw in dem Gemeindetag gewählt wurde. Er ist davon überzeugt, daß seine fachmännische Mitarbeit der Gesamtheit der Gemeinden zugute kommen wird.

2. Der Gemeinderat Bad Liebenzell beklagt, daß der Gemeinderat Freudenstadt so schwerwie-

Nagolder Heimattag in Brooklyn

Volle Harmonie zwischen Gemeinderat und Bürgermeister

Bevor die letzten Sitzungen des Gemeinderats Nagold ist folgendes zu berichten: Vor Eintritt in die Tagesordnung erinnerte der 1. Beigeordnete Schaub daran, daß Bürgermeister und Gemeinderat von Nagold nun gerade ein Jahr ihres Amtes wälen. Er stellt unter würdevoller Zustimmung des Gemeinderats fest, daß die beiden Stellen bisher ohne jede Reibung zusammengegearbeitet haben und daß auch innerhalb des Gemeinderats die Beratungen immer sachlich und ohne jede Störung verlaufen seien. Seinem Dank an Bürgermeister Brülling, der sich weit über eine ehrenamtliche Führung seines Amtes hinaus für die Stadt Nagold einsetzt, gab der Gemeinderat einstimmigen Beifall. Ein Schwerekriegsbeschädigter des 1. Weltkriegs beschwerte sich darüber, daß er bei den städtischen Stellen nicht immer bevorzugt abgefertigt werde. Das städtische Personal erklärte demgegenüber auf Grund langjähriger Erfahrung, daß mit dem Beschwerdeführer sehr schwer in Güte auszukommen sei. Es wurde diesem daher im Interesse beider Teile empfohlen, sich zur Besorgung seiner Angelegenheiten auf dem Rathaus einer Mittelsperson zu bedienen. — Die Unternehmer der zwei von hier ausgehenden Omnibuslinien saßen im Interesse der reisenden Bevölkerung ersucht werden, Einstellungen und Wiederaufnahmen ihrer Fahrten rechtzeitig, d. h. wenn möglich vorher an ihren Fahrplan-Anhängern, an bekannt zu geben. — Der Bürgermeister gab dem Gemeinderat ein Schreiben von Frau Rosa Tafel, geb. Frutaler, in Brooklyn, seiner geborenen Nagolderin, bekannt, wonach diese auf einen von ihr veranstalteten Nagolder Heimattag, der von über 100 Landleuten besucht war, eine Sammlung durchgeführt hat, aus deren Ertrag bedürftige Nagolder, soweit sie nicht unmittelbar Lebensmittelpakete aus Amerika bekommen mit Fett und Mehl bedacht werden sollen. Der Gemeinderat nahm diese Nachricht mit großer Freude entgegen und wird Frau Tafel, die schon im 1. Weltkrieg ihre Verbundenheit mit der alten Heimat bekundet hatte, seinen

gehende Vorwürfe gegen Bürgermeister Klepser erhoben hat, ohne ihm vorher Gelegenheit zu einer Äußerung zu geben.

3. Der Gemeinderat Bad Liebenzell ist einmütig davon überzeugt, daß Bürgermeister Klepser in den schweren Tagen von Freudenstadt sich als ein ebenso aufrechter Mann gezeigt hat, wie er dies in seiner langjährigen Amtsführung in Bad Liebenzell auch im Dritten Reich im Kampf um das Recht bewiesen hat und daß er alles ihm irgendwie mögliche getan hat, um Freudenstadt vor einer Katastrophe zu bewahren.

4. Der Gemeinderat Bad Liebenzell stellt sich mit der gesamten Bürgerschaft, die ihm im Vorjahr mit einer nahezu 100prozentigen Abstimmung wieder gewählt hat, einmütig hinter ihren Bürgermeister und spricht ihm sein volles Vertrauen aus.

Bad Liebenzell, Fr. Helga Hauwer, die Tochter des Deutschen Wilhelm Hauwer von hier, hat mit dem Zeugnis „sehr gut“ das große saharatische Staatsexamen in Tübingen bestanden und damit die Approbation als Zahnärztin erhalten.

Nagolder Heimattag in Brooklyn

Volle Harmonie zwischen Gemeinderat und Bürgermeister

währsten Dank anzupreisen. Sobald die erste Sendung „retrofit“ ist, wird ein Ausschuß für Verteilung vorsehen. — Der Gemeinderat beschloß dann über die Verwendung des restlichen Mittels aus der zweiten Geldsammlung für die bisherigen Fliegergeschädigten. Je nach dem Umfang des Schadens und der Bedürftigkeit wurden Beihilfen von 100—300 RM im Einzelfall gewährt. In nichtöffentlicher Sitzung befaßte sich der Gemeinderat mit der Festsetzung der Bezüge des Staatsarztes, nachdem die Richtlinien dafür endlich nach über einem Jahr vom Innenministerium bekannt gegeben werden konnten. — Weiter hatte der Gemeinderat zu Anfragen des Innenministeriums wegen der Haftentlassung verschiedener Nagolder Internierter Stellung zu nehmen.

Freiwillige Feuerwehr Nagold vorbildlich

Am Samstag war die Freiwillige Feuerwehr Nagold zur Besichtigung und nachfolgender Hauptprobe angetreten, wozu sich auch Stadtwartung und Gemeinderat nebst zahlreichen Gästen, darunter Kreisbrandmeister Stach und Kommandant Köppl von der Calwer Wehr, eingefunden hatten. Ersterer überbrachte die Grüße des Landrats und zollte der Nagolder Wehr, die in Nagold aus 23 weiteren Gemeinden einmündig ist, nicht nur volle Achtung, sondern stellte sie auch als in jeder Beziehung vorbildlich hin. Bürgermeister Brülling rühmte die große Tatkraft und den unermüdbaren Eifer, mit dem die Nagolder Wehrmänner unter Führung von Kommandant Henne und Weckelunterführer Hespeler in einträchtigem Zusammenwirken nach dem Zusammenbruch des gesamten Feuerwehrwesens wieder aufgebaut haben. Unter Führung von E. Hespeler wurden die Einrichtungen der Wehr in Augenschein genommen, und man überzeugte sich von dem hohen technischen Stand derselben. Die unter starkem Interesse der ganzen Bevölkerung abgehaltene Hauptübung auf dem Vorstadtplatz und am Stadthafen klappte ausgezeichnet und erfüllte die Zuschauer mit der Genugtuung, daß im Ernstfälle

Kulturelle Rundschau

All-Calwer Grabmale in Wort und Bild

Im Rahmen der Vorträge des Volksbildungswerks führte Ernst Eisinger im Vereinshaus an Lichtbildern über die alten Grabmäler des schönen Calwer Friedhofs vor die Stadt hin in ihrer Geschichte drei Bestattungsplätze, zuerst wie überall im Mittelalter, im Hofe der Stadtkirche; als nach dem Postjahr 1502 der Raum dort zu klein wurde, verlegte man den Kirchhof an die Marienkapelle auf dem Brühl. Auch dieser Platz erwies sich als ungeeignet, und so kaufte die Stadt im Jahr 1610 den Platz zum jetzigen Friedhof der 100jährigen Catharina Heid, die als erste dort beerdigt wurde, ihr Grabmal ist auf uns gekommen. Der am Berg- bang liegende Friedhof ist schön gegliedert durch hohe Mauern, die namentlich auf dem nördlichen Teil etwa 45 prächtige Grabmäler aus dem 18. Jahrhundert aufweisen. Sie sind zum großen Teil heute noch gut lesbar und durch schöne Aufnahmen und im Glasbild auch für die Zukunft festgehalten, wenn der Zahn der Zeit sie zerstört haben wird. Der

Reichum der Phantasie in der Steinbearbeitung, die Einteilung der Schrift, der Wortlaut der Inschriften stellen einen Zeitspiegel für die Kulturgeschichte jenes merkwürdigen Jahrhunderts dar. Die Grabmälerreihe ist aber auch für die Geschichte der Stadt und ihrer Familien von unschätzbarem Wert. Der Redner versuchte, die lange Reihe der Bilder durch Erzählung der Merkwürdigkeiten zu unterbrechen, die uns aus dem Leben der Toten überliefert sind. Calw war damals eine der ersten Städte Württembergs, hauptsächlich durch die bedeutsamen Calwer Handlungskompanie, und so ist es nicht verwunderlich, daß zahlreiche Persönlichkeiten aus ihr hervorgegangen sind, die Bedeutung über die Stadtmauern hinaus erlangt haben (Doetschbach, Zahn, Nottor und viele andere). Der Redner dankte der Stadtwartung für die Sorgfalt und Pflege, die sie dem eigenartigen und schönen Friedhof angedeihen läßt. Solche belehrende und unterhaltende Vorträge über die Heimatsgeschichte scheinen uns gerade für die heutige Zeit notwendig zu sein.

Blick in die Gemeinden

Wildberg. In das hiesige Wäna-Lagerhaus wurde eingebrochen. 3/4 Zentner Moha und 1 1/2 Zentner Raps wurden gestohlen. Ermittlungen zur Feststellung der Täter sind im Gange.

Rotfelden. Nach langem schweren Leiden ist im Alter von 71 Jahren Waldhofsbesitzer Philipp Ungertich gestorben. Aus der näheren Umgebung waren viele Bekannte erschienen, um dem geschätzten Toten, einem tüchtigen Landwirt, die letzte Ehre zu erweisen. Von seinen 11 Kindern leben noch 7 Töchter. Im September traf die Nachricht ein, daß sein Sohn Georg, die Stütze seines Alters, im Januar 1947 in russischer Kriegsgefangenschaft gestorben ist.

Altensteig. Im nahe Grönbach wurden zwei Personen festgenommen, die ein Kalb schwarz geschlachtet hatten.

Egenhausen. Von unseren ältesten Einwohnern haben in diesem Monat zwei Geburtstag: Michael Rath, geb. am 17. 11. 1863, und Michael Brenner, geb. am 20. 11. 1875.

Bödingen. Auch bei uns sind die Feldarbeiten so ziemlich beendet. Die Obsteraute ging leider nicht ohne Unfall vorüber. Ein neunjähriger Knabe fiel von einem Obstbaum und verletzte sich so schwer, daß er ins Krankenhaus überführt werden mußte.

Bödingen. Das Fest der goldenen Hochzeit beging Schreiermeister Christian Koch und seine Ehefrau Marie, geb. Köhler.

Oberlehrer Mönch gestorben

In Unterjeßingen ist der bekannte Heimatforscher Oberlehrer Wilhelm Mönch gestorben. Seit 30 Jahren war er in diesem Beruf als Erzieher tätig. Vorher war er 13 Jahre lang in Röttenbach bei Calw. Der Kreis Calw verdankt seiner Feder die mit viel Fleiß zusammengetragene „Heimatkunde von Oberamt Calw“. Mönch hat sich vor allem auch für die Wiederherführung der Trachten, die Wiederbelebung des Weinbaus u. a. m. mit Erfolg eingesetzt.

der Feuerschutz unbedingt gewährleistet ist. Später traf man sich im „Adler“ zu kameradschaftlichem Zusammensein, wo das 25jährige Bestehen der Weckerlinie Nagold gefeiert wurde. U. a. gab E. Hespeler einen Bericht über die Geschichte der Feuerweh.

Oberschule Nagold singt und spielt

Im Rahmen der Veranstaltungen des Volksbildungswerks gab die Oberschule Nagold zum Tag der Hausmusik vor überfülltem Saale zugunsten der Flüchtlingshilfe eine feine Feiertunde, die fröhliche Chorlieder Kanons und Orchesterstücke brachte. Musiklehrer Ernst Patzold, seine aus der reichen Musikliteratur der letzten Jahrhunderte besonders hübsche Werke ausgewählt, die vom stattlichen, gutgeschulsten Chor mit Begeisterung gesungen bzw. von kleinen, aber vortrefflichen Orchester mit Bravour gespielt wurden. Der Beifall war denn auch, namentlich bei den Mozartschen Scherzkompositionen, reich und verdient. Zweck der Veranstaltung war, auch in schwerer Notzeit weitere Kräfte zur Pflege von Gesang und Musik zu veranlassen und sich von der begeisterungsfähigen Jugend mitgeholfen zu lassen.

CDU-Kreiskonferenz in Calw

Unter Vorsitz von Herrn Obering. Prick aus Calw tagten am Samstag im Saalbau Weiß die Delegierten des Kreises Calw. Landtagsabgeordneter Schuler, Calw, referierte über seine Landtagsstätigkeit und sprach zum aktuellen Thema der Zeit, Demokratie, sowie über die Borkenkäfergefahr und organisatorische Fragen. Landtagsabg. Mast (Sommerhardt) Kreisobmann für Landwirtschaft, nahm zu den Ernährungsfragen Stellung und betonte, daß zu irgendwelchen Illusionen wie auch Befürchtungen auf diesem Gebiete kein Grund vorhanden sei. In der anschließenden Diskussion nahm u. a. auch Landrat Wagner das Wort. Landtagspräsident Gengler, Rottweil, nahm in zweistündigen programmatischen Ausführungen zur allgemeinen Lage Stellung. Auf die Demonstration zu sprechen kommend, gab Präsident Gengler ein ungeschöntes Bild darüber. Alle maßgebenden Stellen, Regierung und Landtagspräsidium, wären jedoch eifrig bestrebt, nichts unversucht zu lassen, was eine Milderung der Bedingungen herbeiführen könnte. Auch die politischen Parteien seien in dieser für unsere Zukunft allerwichtigsten Lage völlig einig. Zum Schluß erwähnte Herr Präsident Gengler die Gewerkschaftsführer zur politischen und religiösen Neutralität.

Als Verlebte grüssen:

Liselotte Paul  
Richard Katz  
Wildberg, Neu-Petershain  
Wildberg, 9. November 1947

Schwabenberg, 8. Nov. 1947.  
Todesanzeige und Dankagung  
Presiden und Bekannten mache ich die schmerzliche Mitteilung, daß mein lieber, guter Mann, Vater, Sohn, Bruder, Schwager und Onkel

Robert Theurer  
am 21. Oktober durch einen tragischen Unglücksfall im blühenden Alter von 40 Jahren jah aus unserer Mitte gerissen wurde. Wir haben den lieben Entschlafenen am 26. Oktober zur letzten Ruhe gebettet. Für alle uns erwiesene Anteilnahme von nah und fern sage ich auf diesem Wege meinen innigsten Dank. Besonders Dank dem Herrn Missionar für seine tröstlichen Worte am Grabe, für die Nachricht der Firma Petz u. Lorenz, für den erhabenden Grabesatz, für die vielen Kranzspenden und allen denen, die ihn zur letzten Ruhe geleiteten in tiefem Schmerz. Die Gattin: Fr. Christl Theurer, geb. Lang, mit Angehörigen.

Emberg, 8. November 1947.  
Für die vielen Beweise aufrichtiger Teilnahme bei dem herben Verlust unseres lieben, unvergesslichen Sohnes, Bruders und Neffen

Georg Großmann  
sprechen wir auf diesem Wege allen unseren herzlichsten Dank aus. Besonders danken wir dem Herrn Pfarrer für seine tröstlichen Worte, dem Posaunenchor für sein Mitwirken, auch seinen Altersgenossen für ihre Kranzspenden, sowie allen, die an der Trauerfeier teilnahmen. Die trauernden Hinterbliebenen: Jakob Großmann mit Angehörigen.

Nagold, 1. Nov. 1947.  
Gott dem Allmächtigen hat es gefallen, meinen lieben, unvergesslichen Mann und Vater

Gottlieb Widmayer  
Elektroniker  
im Alter von 62 Jahren überraschend schnell in die ewige Heimat abzurufen. Wir haben den lieben Entschlafenen am 4. 11. 47 zur letzten Ruhe gebettet. Er ruhe in Frieden. Für alle uns erwiesene Anteilnahme beim Hinscheiden des lieben Entschlafenen, die vielen Kranz- und Blumenspenden sagen wir unseren herzlichsten Dank. Besonders danken wir dem Herrn Geistlichen für seine tröstlichen Worte, sowie für das zahlreiche Geleit zu seiner letzten Ruhestätte. Die tieftrauernde Gattin: Maria Widmayer. Die Söhne: Alfred Widmayer, Richard Widmayer, z. Zt. in Gefangenschaft.

Koppingen-Oberjettingen, den 2. November 1947.  
Mein innigstgeliebter Mann, der treusorgende Vater meiner Kinder, unser guter Sohn, Schwager, Bruder, Schwager und Onkel

Karl Hugo Strohäker  
Postschaffner  
ist unerwartet im Alter von 38 Jahren an den Folgen eines heimtückischen Herzleidens aus unserer Mitte gerissen worden. Wir haben unseren lieben Entschlafenen an seinem Geburtstag zur letzten Ruhe gebettet. Für erwiesene Anteilnahme, insbesondere die vielen Kranz- und Blumenspenden und allen, die uns in den schweren Tagen geistlich zur Seite standen, danken herzlich. In tiefem Leid: Marie Strohäker, geb. Wolfbold, mit ihren 7 Söhnen, Familie Strohäker und Wolfbold mit allen Angehörigen.

Stellenangebote

Tücht. Portefeuille oder Taschen auf Melierstelle, sowie perfekte Stenotypisten von Lederwarenfabrik gesucht. Angebote unter C 3549 an Schw. Tagblatt Calw.  
Haushaltshilfe, fleißige und ehrl. in Zwei-Personenhaushalt mit etwas Gartenarbeit suche ich weg. Vereinbarung meines Mädchens. Guter Lohn und gute Behandlung. Eintritt sofort oder später. Frau Maria Schmalz, Altbung, Telefon Calw 363.

Mädchen, ehrl., fleißig, von 15-18 Jahren f. sof. od. 1. Dez. b. gt. Behandl. u. Bez. f. Haus u. Kl. Landwirtsch. evtl. Ausk. ert. die Gesch.-St. des S. T. Calw.

Kaufgesuche

Hobelbank o. Ablert. von Holzarbeit von Schwerkriegsbeschäd. dringend gesucht, evtl. Tausch gegen gutbeh. Kinderkorbkästchen. Angebote unter C 3551 an Schw. Tagblatt Calw.

Berlin-Lieferwagen, kleinen, fahrber. evtl. kl. PKW, gesucht. Dieselb. gebr. aber neuw. kompl. Schlafzimmer mit Bett (Spiegel und Marmorplatten), evtl. auch Sofa u. sonst. passende Einricht. möbel zu verkaufen. Angebote u. C 3552 an Schw. Tagblatt Calw.  
Küchenherd, gut erhalt., zu kaufen gesucht. P. Maier, Landwirt, Gchingen, Kreis Calw.  
B-Klarinette gesucht. Billigangebote an Breitenfeld, Calw, Altbürgerstraße 26.

Tausch / Geboten

Reifen, 4.50x17, 5.25x17, 6.00x16, gesucht 5.00x16, evtl. 5.25x16. Angeb. u. C 3553 an S. T. Calw.  
Damensportwagen, neu, dunkelblau, Gr. 42, ges. mod. Pappensportwagen evtl. Pappensportwagen. Angeb. u. C 3549 an S. T. Calw.  
H-Rohrstiel od. Reistiel, Gr. 38, gut erhalt., ges. gleichw. Gr. 43. Ausk. ert. die Geschäftsstelle des S. T. Calw.

Robuststiel, neuw., Gr. 41, ges. gleichw. Rohrst. Gr. 42 1/2, Geb. H-Halschuh Gr. 41, neuw., ges. gleichw. H-Halschuh Gr. 42 1/2. Ferner ges. mehrstrahlige Radioapparat. Angebote unter C 3544 an Schw. Tagbl. Calw.

D'Sport-Halschuh, neuw., schwarz, Gr. 39, ges. Kokosleder, 5 1/2 in, gute Qualität. Angebote unter C 3546 an S. T. Calw.

D-Schuhe, 37/38, ges. gutbeh. Bettrost. Angebote unter C 3539 an Schw. Tagblatt Calw.

Fachlehr. neu, II, ges. 4-5-PS-Motor, Wechselstr., 225-300 V, oder Badeloch mit Wanne. Angebote u. C 3561 an S. T. Calw.

Ziehharmonika, kleinere, ges. D-Winterfeld Gr. 42. D-Halschuh Gr. 37/38 sowie Bettwäsche. Angeb. u. C 3545 an S. T. Calw.

Kleider-Drehtag, ges. große Puppe, evtl. Weitaussagen. Angebote u. C 3550 an Schw. Tagblatt Calw.

Verachiedenes

Verloren b. d. Handlungsschule Calw Schlüsselbund Donnerstag, 6. 11., mittags. Um Abgabe dasselbe wird dringend gebeten.

Tüchtige Schmelzerin in Calw, erfahren in Neonanfertigung und Umänd. v. Damen- u. Kinderkleidung, nimmt noch einige Kunden an Ang. u. C 3562 an S. T. Calw.

Welches Auto fährt in nächster Zeit nach Lörrach oder Weil am Rhein und nimmt auf dem Rückweg Unzugut mit Eisen, Altensteig, Rosenstraße 210.

Auftraggeber, hell, in Calw zu mieten gesucht. Angebote unter C 3556 an Schw. Tagblatt Calw.

Zimmer, gut möbl., zu vermieten. Frau Clara Rieger, Calw, Kronengasse Nr. 9.

Mercedes-Diesel, 1.5 T., generalüberholt und gut ber. abzugeben. Gesucht wird 3.5-3 T. Diesel od. Holzgas-Diesel. Eilttransport Calw 272.

3 Zimmer- und Küchenherd, kupf. abzugeben. Angebote unter C 3560 an Schw. Tagblatt Calw.

Herrenrobuststiel, Gr. 40-41, ge-

tragen, und H-Halschuh, Gr. 41, neu, schwarz, abzugeben. Angeb. u. C 3555 an S. T. Calw.

Weihnachtsgeschenk für Knaben im Alter von 8-14 Jahren prakt. und lehr. (Montagspielzeug mit Musik und elektr. Beleuchtung) hat abzugeben. Angebote unter C 3535 an Schw. Tagbl. Calw.

Tiermarkt

Die Gemeinde Birkel. id verkauft wegen Futtermangel einen 16 Monate alten Zuchtbarren mit Körbchen, unter zwei die Wahl. Näh. Auskunft erteilt das Bürgermeisteramt.

Rauspferd, Sute, braun, etwa 10 Jahre alt, best im Zug, zu verkaufen. Wildberg, Tel. Nr. 29.

Rappwäldchen, schwarzes, einjähriges zu verkaufen. Ausk. ert. d. Gesch.-Stelle des S. T. Calw.

Gute Nutz- u. Fahrkuh, auch Herd-berkuh, taucht gen. Schlachtkuh oder Schlachtrind. Jakob Stritz, Stammheim, Burgstr. 279.

Note- und Fahrkuh, 25 Wochen trächtig, verkauft Ludwig Gayde, Neuhengstett.

Ältere Nutz- und Schaffkuh verkauft Fritz Stanger, Möttlingen.

Schlachtkuh tauscht gegen jung Nutz- und Schaffkuh. Fr. Kober, Stammheim, Burgstraße 182.

Drei junge Hunde (Wolf/Fuchs), sehr schöne Tiere, 8 Woch. alt, zu verkaufen. Auskunft erteilt d. Geschäftsstelle des S. T. Calw.

Veranstaltungen

Der Kaminchen- und Grillgelächterverein Calw veranstaltet am 15. und 16. November 1947 in der Stadthalle eine

Ausstellung und ladet die Einwohnerschaft von Calw und Umgebung herzlich ein. (Eröffnung: Samstag, 14 Uhr; Sonntag 10 Uhr.) Die Ausstellungsleitung.

Geschäftliches

Bitte Aufträge für Weihnachen bis spätestens 17. Novbr. aufgeben. Spätere Bestellungen können leider nicht mehr berücksichtigt werden.

AR  
Atelier Raut

Ernstschil-Hirsau, Tel. Calw 624. Das Atelier für repräsentative Werbekunst.

Weihnachtsgeschenke. Fertige Deckchen in Kunststickerarbeit an bei Stellung v. Garnida Jung, Calw, Lederstraße 37.

Bruchleisende (Hosen) mein seit vielen Jahren bewährtes federloses Band. Ohne Eisen- u. Stahlband. Für jeden Bruch extra Anfertigung. Carl Reiber, Stuttgart. Senefelderstr. 43 a. Calw, Gasthof Schönbörn, Donnerstag, 13. Nov., von 8-13 Uhr. Nagold, Gasthof Orthen, Donnerstag, 13. November, von 14-16 Uhr.

Register-Kalender 1948  
Inhaber, wenn die Besteller Alt-papierprämiemarken abgeben u. durch die Fachgeschäfte bestellen, ist mir kein Kalenderdruck-papier für 1948 zugeleitet worden. Annehmlich: 20. 11. 1947. Albert Maier, Verlag, 14b Neura-Berg, Postfach 18.

Register-Kalender 1948  
Inhaber, wenn die Besteller Alt-papierprämiemarken abgeben u. durch die Fachgeschäfte bestellen, ist mir kein Kalenderdruck-papier für 1948 zugeleitet worden. Annehmlich: 20. 11. 1947. Albert Maier, Verlag, 14b Neura-Berg, Postfach 18.

Register-Kalender 1948  
Inhaber, wenn die Besteller Alt-papierprämiemarken abgeben u. durch die Fachgeschäfte bestellen, ist mir kein Kalenderdruck-papier für 1948 zugeleitet worden. Annehmlich: 20. 11. 1947. Albert Maier, Verlag, 14b Neura-Berg, Postfach 18.

Register-Kalender 1948  
Inhaber, wenn die Besteller Alt-papierprämiemarken abgeben u. durch die Fachgeschäfte bestellen, ist mir kein Kalenderdruck-papier für 1948 zugeleitet worden. Annehmlich: 20. 11. 1947. Albert Maier, Verlag, 14b Neura-Berg, Postfach 18.

Register-Kalender 1948  
Inhaber, wenn die Besteller Alt-papierprämiemarken abgeben u. durch die Fachgeschäfte bestellen, ist mir kein Kalenderdruck-papier für 1948 zugeleitet worden. Annehmlich: 20. 11. 1947. Albert Maier, Verlag, 14b Neura-Berg, Postfach 18.

Register-Kalender 1948  
Inhaber, wenn die Besteller Alt-papierprämiemarken abgeben u. durch die Fachgeschäfte bestellen, ist mir kein Kalenderdruck-papier für 1948 zugeleitet worden. Annehmlich: 20. 11. 1947. Albert Maier, Verlag, 14b Neura-Berg, Postfach 18.

Register-Kalender 1948  
Inhaber, wenn die Besteller Alt-papierprämiemarken abgeben u. durch die Fachgeschäfte bestellen, ist mir kein Kalenderdruck-papier für 1948 zugeleitet worden. Annehmlich: 20. 11. 1947. Albert Maier, Verlag, 14b Neura-Berg, Postfach 18.

Register-Kalender 1948  
Inhaber, wenn die Besteller Alt-papierprämiemarken abgeben u. durch die Fachgeschäfte bestellen, ist mir kein Kalenderdruck-papier für 1948 zugeleitet worden. Annehmlich: 20. 11. 1947. Albert Maier, Verlag, 14b Neura-Berg, Postfach 18.

Register-Kalender 1948  
Inhaber, wenn die Besteller Alt-papierprämiemarken abgeben u. durch die Fachgeschäfte bestellen, ist mir kein Kalenderdruck-papier für 1948 zugeleitet worden. Annehmlich: 20. 11. 1947. Albert Maier, Verlag, 14b Neura-Berg, Postfach 18.